X <10 ALL 12> R<< << 12.06. 2018 A4 ? www.sz-archiv.de

Teilerfolg für Käufer in Prozess um Solarpark

Zivilprozess Das Landgericht verurteilt die Leonberger Firma Eurosolid zur Rücknahme der Anlagen, deren Ertrag weit hinter den Prognosen zurückbleibt. Die wichtigeren Klagen gegen die Stuttgarter Versicherung als Finanzierer werden dagegen abgewiesen. *Von Andreas Müller*

Im Zivilprozess um einen Solarpark in Mecklenburg-Vorpommern, dessen Ertrag zu wünschen übrig lässt, hat die Stuttgarter Versicherung Klagen von Anlegern abwehren können. Die Leonberger Firma Eurosolid Energy wurde vom Landgericht Stuttgart dagegen zur Rücknahme der Anlagen verurteilt. Begründung: Sie habe die zu erwartenden Erträge deutlich überhöht angegeben und die Käufer damit arglistig getäuscht. Da bei Eurosolid voraussichtlich wenig zu holen ist, hatten sich die Kläger vorrangig an die Stuttgarter Versicherung gehalten. Diese hatte die von Eurosolid verkauften Anlagen größtenteils per Darlehen finanziert. Das Gericht sah trotz des engen Zusammenwirkens jedoch kein „verbundenes Geschäft“, bei dem die Geschädigten auch die Versicherung in Anspruch hätten nehmen können.

Die Stuttgarter Versicherung zeigte sich durch das Urteil in ihrer Position bestätigt. Man sei danach „nicht für die von den Investoren erhoffte Rentabilität der Anlagen verantwortlich“, sagte ein Sprecher. Das Gericht habe die Klagen sorgfältig geprüft und zahlreiche Zeugen vernommen; zudem habe es die Solaranlagen von einem Sachverständigen begutachten lassen. Zur Verurteilung der einstigen Geschäftspartner von Eurosolid äußerte sich der Sprecher nicht. Der Rechtsanwalt von Eurosolid lehnte eine Stellungnahme zum Urteil ab. Er machte dafür „datenschutzrechtliche Gründe“ geltend. In einer früheren Erklärung hatte die Leonberger Firma betont, sie habe niemanden getäuscht. Gegen Verantwortliche von Eurosolid laufen im Zusammenhang mit dem Solarpark auch Ermittlungen wegen Betrugs. Ende vorigen Jahres gab es laut der Staatsanwaltschaft Stuttgart Durchsuchungen in Leonberg und in Mecklenburg-Vorpommern.

Die Leipziger Kanzlei Dr. Fingerle, die die Kläger vertritt, wertete das Urteil als Teilerfolg. In vielen Punkten sei das Gericht ihrer Argumentation gefolgt. So habe es bestätigt, dass die Prognose, die die Mandanten zum Kauf bewegt habe, um 27,7 Prozent vom tatsächlichen Ertrag abwich. „Das ist erheblich“, betonte die Kanzlei. Zudem teile die Kammer die Ansicht, dass die Stuttgarter Versicherung und Eurosolid beim Vertrieb der Anlagen „konstitutionell zusammengearbeitet“ hätten. Eine Verurteilung der Versicherung sei an Punkten gescheitert, die man rechtlich auch anders sehen könne. Daher bedürfe das Urteil „unbedingt einer Überprüfung“.

> Die Anwälte der Kläger sehen gute Chancen, in der nächsten Instanz Erfolg zu haben.

Als der Solarpark in Murchin-Relzow (Landkreis Vorpommern-Greifswald) vor einigen Jahren parzellenweise zum Kauf angeboten wurde, gaben sich die Beteiligten noch optimistisch. „Mit der Sonne Geld verdienen – geringes Risiko, umweltfreundliche Rendite“, warb Eurosolid im Prospekt. Anders als bei Fonds bekomme jeder Investor seine eigene Anlage (Preis: etwa 50 000 Euro) und werde damit zum „Energieunternehmer“. Dank des Erneuerbare-Energien-Gesetzes winkten für 20 Jahre kalkulierbare Einnahmen. Für die Finanzierung offerierte die Stuttgarter Versicherung ein Darlehen, das mit den Erträgen getilgt werden sollte; auch eine Kombination mit Rentenversicherung oder Bausparvertrag war möglich.

Bei einer gemeinsamen Werbeveranstaltung hatte sich der Vizevorstandschef Wolfgang Fischer euphorisch über die Zusammenarbeit mit Eurosolid geäußert: „Das klingt toll, und das ist toll.“ Die Kunden bekämen „Sicherheit für ihr Geld“, das Angebot laufe „wie geschnitten Brot“, Beschwerden gebe es keine. Zahlreiche Käufer hatten betont, sie hätten in der Versicherung – die in der Branche einen besonders guten Ruf genießt – einen Garanten für die Seriosität des Angebots gesehen. Dies wies die Stuttgarter jedoch stets zurück. Man habe sich alleine auf die Rolle des Finanzierers beschränkt.

Als die Erträge deutlich hinter den Erwartungen zurückblieben, gerieten viele Anleger in Schwierigkeiten. Teilweise seien diese sogar existenzbedrohend, hieß es. Ihre Klagen richteten sich vorrangig gegen die Versicherung, weil diese der finanzkräftigste Akteur sei. Bei Eurosolid fehle vermutlich die Liquidität, um das Urteil vollstrecken zu können, heißt es bei der Kanzlei Fingerle.

Im Urteil wird betont, Kreditgeber seien grundsätzlich nicht zur Aufklärung über das finanzierte Geschäft verpflichtet. Es sei auch nicht nachgewiesen worden, dass die Stuttgarter Versicherung von den überhöhten Ertragsprognosen wusste. Evident, also offensichtlich wären diese nach der Rechtsprechung erst bei einer Abweichung von 30 Prozent gewesen. Nach dem vom Gericht bestellten Gutachten hätten die prognostizierten Erträge selbst im günstigen Fall nicht erreicht werden können. Eurosolid hätte die Käufer über die Unrichtigkeit der Prognosen der Firma Fleckenstein, die die Anlage errichtet hatte, aufklären müssen. Weil das unterblieb, könnten die Geschädigten die Rückabwicklung verlangen.

Die Kanzlei Fingerle rät den Anlegern nun, Berufung einzulegen. Es gebe durchaus Chancen, doch noch Ansprüche gegen die Versicherung durchzusetzen. Die Ertragsprognosen seien etwa so offensichtlich überhöht gewesen, dass sich die Versicherung „der Kenntnis der Täuschung geradezu verschlossen“ habe.

Sichere Rendite durch umweltfreundliche Solaranlagen – diese Rechnung geht nicht immer auf. Foto: dpa

BEIM LANDGERICHT STEHEN NOCH WEITERE URTEILE AUS

Kammern Beim Landgericht Stuttgart sind zwei Zivilkammern mit den Klagen zu dem Solarpark in Relzow befasst. Das jetzige Urteil (Aktenzeichen 25 O 172/16 bis 182/16) stammt von der 25. Zivilkammer. Eine Reihe ähnlich gelagerter Fälle ist bei der 8. Zivilkammer anhängig. Dort ist am 22. Juni ein Verkündungstermin angesetzt.

Kanzleien Die bereits ergangenen Urteile seien für die Kammer nicht bindend und auch kein Präjudiz, betonte ein Gerichtssprecher. Verschiedene Aussagen und das gerichtliche Gutachten werden von beiden Kammern berücksichtigt. Neben der Leipziger Kanzlei Fingerle werden Anleger auch von der Würzburger Kanzlei Sternisko vertreten.

Berufung Die Berufung gegen das Urteil der 25. Kammer müsste bis Ende Juni eingelegt werden. Anleger gehen davon aus, dass sich die Stuttgarter bis in die letzte Instanz wehren werde. Teilweise gibt es daher Zweifel, ob den Geschädigten mit jahrelangem Prozessieren gedient sei. Die Versicherung hatte den Zinssatz bereits deutlich gesenkt. *mül*

Kommentar

Rufschaden durch den Partner

Solaranlagen Das Urteil gegen eine Leonberger Firma ist auch für die Stuttgarter Versicherung unangenehm, die Ansprüche abwehren konnte. *Von Andreas Müller*

Das Urteil des Landgerichts ist für die Stuttgarter Versicherung nur teilweise erfreulich. Ihr Hauptziel hat sie zwar erreicht: Sie muss nicht für die von ihr finanzierten Solaranlagen im deutschen Nordosten aufkommen, mit denen viele Anleger wegen ausbleibender Erträge Kummer haben. Der Kauf selbst und das von der Versicherung gewährte Darlehen dafür seien unabhängig voneinander zu sehen, entschieden die Richter.

Doch ihre Entscheidung zur Leonberger Firma Eurosolid, die die Anlagen angeboten und verkauft hatte, ist auch für die Stuttgarter Versicherung unangenehm. Eurosolid müsse die Anlagen zurücknehmen, weil die Investoren über den erwarteten Ertrag massiv getäuscht worden seien – das ist ein klarer Erfolg für die Kläger. Allerdings nützt er ihnen kaum, weil bei der kleinen Firma wohl ungleich weniger zu holen ist, als das bei der großen Versicherung der Fall wäre.

Rechtlich mag die Stuttgarter zunächst aus dem Schneider sein. Ihrer Reputation aber ist das Urteil gegen den einstigen Partner, gegen den zudem die Staatsanwaltschaft ermittelt, gewiss nicht zuträglich. Seite an Seite hatte sie mit Eurosolid für die Investitionen in die Sonnenkraft getrommelt, ihr Vizechef schwärmte geradezu von der Kooperation. Der gute Ruf der Versicherung strahlte damit auf die Leonberger ab. Ob die Stuttgarter wirklich nicht erkennen konnte, dass die Ertragsprognosen um fast 30 Prozent überhöht waren, mag in der nächsten Instanz noch einmal hinterfragt werden. Eine Lehre aber kann die Versicherung bereits jetzt ziehen: Künftig sollte sie noch genauer hinschauen, mit wem sie sich einlässt.

Börsengänge

China unterstützt Tech-Firmen

Chinas Führung greift den heimischen Tech-Giganten bei deren geplanten Börsengängen unter die Arme. Sechs Investmentfonds sollen im Auftrag der Regierung bei Investoren bis zu 300 Milliarden Yuan (umgerechnet 40 Milliarden Euro) einsammeln, um damit die Platzierungen von Unternehmen wie dem Smartphonehersteller Xiaomi und dem Amazon-Konkurrenten Alibaba an chinesischen Börsen zu unterstützen. Jeder der sechs Fonds soll in den nächsten Tagen 50 Milliarden Yuan bei privaten und bei professionellen Investoren einsammeln. Die Fonds sollen nach dem Willen der Regierung dann als Ankerinvestor an den Börsengängen der Tech-Firmen teilnehmen und sich verpflichten, die Aktien drei Jahre lang zu halten. Dies sehen einige Experten kritisch, da nicht absehbar sei, wie sich die Technologiebranche weiterentwickele.

Xiaomi strebt in den kommenden Wochen eine Platzierung am Hongkonger Aktienmarkt an. Bei der Neuemission will der Smartphonehersteller etwa zehn Milliarden Dollar einsammeln. 2014 hatte Alibaba fast 22 Milliarden Dollar bei seinem Wall-Street-Debüt eingenommen. Nun plant Alibaba auch einen Börsengang in China. *rtr*

Statistik

Handwerk steigert Umsatz deutlich

Von der guten Wirtschaftslage profitiert auch das Handwerk: Die Betriebe steigerten ihren Umsatz in den ersten drei Monaten des Jahres um 5,9 Prozent im Vorjahresvergleich, teilte das Statistische Bundesamt in Wiesbaden am Montag mit.

Besonders groß war die Steigerung auf dem Bau. Das Bauhauptgewerbe und das Ausbaugewerbe erzielten laut Statistik mit jeweils mehr als sieben Prozent das größte Umsatzplus. Im Gesundheitsgewerbe kletterten die Einnahmen dagegen nur um 1,7 Prozent. Kraftfahrzeug- und Lebensmittelgewerbe machten ein Plus von drei Prozent beziehungsweise 3,7 Prozent, die Handwerke für den privaten Bedarf erzielten 2,8 Prozent mehr Umsatz. Die Betriebe stellten entsprechend mehr Personal ein. Die Zahl der Beschäftigen Ende März nahm im Vorjahresvergleich um 0,5 Prozent zu, meldeten die Statistiker weiter. Der Zentralverband des Deutschen Handwerks rechnet für 2018 mit einem Umsatzplus im Gesamthandwerk von drei Prozent. *AFP*

Lebensversicherung

Württembergische mit neuem Chef

Der Versicherungszweig des Finanzkonzerns Wüstenrot & Württembergische (W&W) bekommt am 1. Juli einen neuen Chef. Thomas Bischof werde dann den Posten als Vorstandsvorsitzender der Württembergischen Versicherung AG und der Württembergischen Lebensversicherung AG übernehmen. Das Unternehmen hatte die Personalie bereits im Mai 2017 angekündigt, ohne ein genaues Datum zu nennen. Bischof arbeitet seit Juli 2017 bei W&W und folgt auf Norbert Heinen, der die Versicherungssparte seit 2010 leitete. Heinen gebe den Posten auf eigenen Wunsch ab, bleibe als Leiter der Lebensversicherung aber im Vorstand der Versicherungen, teilte W&W mit. *dpa*

Thomas Bischof wird W&W-Chef. Foto: dpa

Schlechte Aussichten für Flugreisende im Sommer

Luftverkehr Heftige Flugverspätungen häufen sich in Europa. Dafür sind nicht nur mieses Wetter und Streiks verantwortlich.

Flugpassagiere brauchen in diesem Reisesommer voraussichtlich besonders viel Geduld. Die Airlines haben zwar auf breiter Front ihre Angebote ausgebaut, es häufen sich aber auch Annullierungen und starke Verspätungen. Neben Fluglotsen-Streiks und ungünstigem Wetter tragen dazu auch die mangelhafte Infrastruktur und Organisationsprobleme bei den Gesellschaften bei, meinen Experten.

Bis einschließlich zum 7. Juni sind von und nach Deutschland bereits mehr als 13 000 Flüge ganz gestrichen worden und mehr als 3200 über drei Stunden zu spät ans Ziel gekommen, wie das Passagierrechtsportal EU-Claim aus seiner Datenbank berichtet. Im Vorjahreszeitraum waren es nur gut 8400 Annullierungen und gut 2000 Verspätungen. Tuifly-Geschäftsführer Roland Keppler warnte in der „Rheinischen Post“ bereits vor weiteren Problemen: „Wenn das mit den Streiks weitergeht, müssen sich die Passagiere auf einen heißen Sommer mit vielen Verspätungen einstellen.“ Er fordert eine einheitliche Kontrolle des Luftverkehrs in Europa, um bei Ausständen oder Unwettern Flüge besser umleiten zu können.

„Die Flugpläne sind immer mehr auf Kante genäht“, sagt Gerald Wissel von der Hamburger Beratungsgesellschaft Airborne. Im Sommer schickten die Unternehmen alles in die Luft, was fliegt, um an der stark gestiegenen Nachfrage nach Flugreisen teilzuhaben. Reservemaschinen würden kaum noch vorgehalten, Mietjets seien ebenfalls äußerst knapp. Die gute Nachricht für die Verbraucher: „Wir sehen einen massiven Druck auf die Preise.“

Das Flugjahr 2018 in Europa ist bislang geprägt von heftigen Streiks insbesondere der französischen Beschäftigten, aber auch der Italiener und Griechen. Die Mitarbeiter der Air France brachten bereits ihren Chef Jean-Marc Janaillac zum Rücktritt, die französischen Fluglotsen verursachten mit Streikwellen im März und Mai Tausende Ausfälle. Allein der Billigflieger Ryanair musste nach eigenen Angaben im Mai rund 1100 Flüge streichen, etwa 200 000 Passagiere waren betroffen. Weitere Arbeitsniederlegungen sind angekündigt.

Viele der touristischen Airlines sind nach der Air-Berlin-Pleite zudem im Umbau. Die Lufthansa-Tochter Eurowings muss ebenso Flugzeuge und -Crews integrieren wie der britische Konkurrent Easyjet. Die Ryanair-Beteiligung Laudamotion stammt ebenfalls aus dem Air-Berlin-Nachlass und legte zum Beginn des Sommerflugplans im Juni einen mehr als holprigen Start hin, nachdem die Organisation des Flugbetriebs von Thomas Cook zu Ryanair gewechselt war. EU-Claim registrierte in fünf Tagen 163 Ausfälle und schwere Verspätungen bei den Österreichern. „Wir sehen hier deutliche Wachstumsprobleme, die auch mit bürokratischen Hemmnissen zu tun haben“, erklärt Wissel. Die Flugzeuge müssen nämlich nicht nur umlackiert, sondern auch bei den Behörden umgemeldet werden – oft über Ländergrenzen hinweg. „Flugzeuge bestehen nicht aus Metall, sondern aus Akten“, stöhnt dazu ein Lufthansa-Insider. Bei der besonders in der Kritik stehenden Lufthansa-Tochter Eurowings sieht Wissel zusätzliche Probleme durch die komplexe Struktur. Unter einem Dach sollen hier unterschiedliche Gesellschaften ein einheitliches Produkt anbieten.

> Viele touristische Airlines sind nach der Air-Berlin-Pleite im Umbau.

Und alle fliegen nach Mallorca. Nach einer Analyse des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR) waren bereits im März für Juli 3400 Flüge aus Deutschland auf die Balearen-Hauptinsel geplant, mehr als 100 pro Tag. In der Zwischenzeit sind weitere Verbindungen hinzugekommen, beispielsweise von Laudamotion, so dass immer mehr Sitze leer bleiben könnten. Wegen des zwangsläufigen Preisverfalls dürfte das Überangebot nicht von Dauer sein, schätzt eine Touristikerin. Im kommenden Jahr sei es damit wohl vorbei. *dpa*

EZB

Anleihekäufe bei fast zwei Billionen

Die Europäische Zentralbank (EZB) steht kurz davor, mit ihren vor allem in Deutschland umstrittenen Staatsanleihenkäufen die Schwelle von zwei Billionen Euro zu knacken. Vom Beginn des Programms im Frühjahr 2015 bis zum vergangenen Freitag haben die Währungshüter Staatstitel und andere öffentliche Schuldenpapiere der Euroländer im Volumen von 1,99 Billionen Euro erworben, teilte die EZB mit. In der Woche bis zum 8. Juni wurden Anleihen im Umfang von 8,22 Milliarden Euro gekauft. Insgesamt haben die Eurowächter im Rahmen des Programms, das auch Firmenanleihen, Hypothekenpapiere und Pfandbriefe umfasst, bereits Wertpapiere für mehr als 2,4 Billionen Euro erworben. Damit soll die Inflation, die der EZB zu niedrig ist, nach oben getrieben werden. Die Transaktionen sollen noch bis Ende September fortgesetzt werden. *rtr*

DIZdigital: Alle Rechte vorbehalten – Stuttgarter Zeitung Verlagsgesellschaft, Stuttgart
Eine Dienstleistung des SZ-Archivs
andreasmueller
STZ20180612S5057746